

Lissner/Knauft

Handbuch Insolvenzrecht

150 Jahre
Kohlhammer

Handbuch Insolvenzrecht

Herausgegeben von

Stefan Lissner, Salem

Diplom-Rechtspfleger beim AG Konstanz
stellvertretender Landesvorsitzender Bund Deutscher Rechtspfleger,
Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Lehrbeauftragter an der Hochschule Ravensburg-Weingarten
und an der Allensbach Hochschule Konstanz

Astrid Knauff, Mannheim

Diplom-Rechtspflegerin
Dozentin an der Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

weitere Autoren:

Elke Bäuerle

Rechtsanwältin und Fachanwältin für Insolvenzrecht,
Insolvenz- und Zwangsverwalterin, Schultze & Braun, Rottweil
Lehrbeauftragte an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, Villingen-
Schwenningen

Florian Götz

Rechtsanwalt, Insolvenzverwalter, Schleich & Kollegen, Singen

Dr. Thorsten Schleich

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht, Insolvenz- und Zwangsverwalter,
Schleich & Kollegen, Villingen-Schwenningen

Beate Schmidberger, Heilbronn

Diplom-Rechtspflegerin beim AG Heilbronn
Sprecherin des Qualitätszirkels der Insolvenzgerichte Baden-Württemberg

Verlag W. Kohlhammer

1. Auflage 2017

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-028775-4

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-028776-1

epub: ISBN 978-3-17-028777-8

mobi: ISBN 978-3-17-028778-5

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort

Weshalb noch ein Buch zum Insolvenzrecht? Diese Frage werden sich viele angesichts der Vielzahl der am Markt vorhandenen Kommentare und Bücher zum Insolvenzrecht stellen. Die Antwort lautet: „... weil es anders ist.“

Das vorliegende Handbuch ist auf die Belange der Studierenden an den Hochschulen für Rechtspflege zugeschnitten, aber auch für die Studierenden der Rechtswissenschaften geeignet. Gleichzeitig soll es aber auch für die Arbeit der Insolvenzgerichte, der Sanierungs- und Abwicklungsabteilungen von Kreditinstituten sowie für die Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe ein wertvolles Nachschlagewerk sein. Denn Praktiker, die sich mit dem Thema Insolvenz konfrontiert sehen, müssen von der ersten Minute an richtig reagieren, da ansonsten Schäden drohen.

Das vorliegende Handbuch zeichnet sich neben seinem parallelen Aufbau zum Studium an der Hochschule durch seinen starken Praxisbezug aus. Detailliertes Fachwissen, praktische Hilfestellungen und wertvolle Hinweise verschaffen dem Leser einen vollständigen und verständlichen Überblick über die gesamte insolvenzrechtliche Materie.

Für die Verbindung von Theorie und Praxis stehen auch die Autoren des Werkes, die einerseits erfahrene Praktiker sind, andererseits aber auch als Lehrende an Hochschulen oder durch Veröffentlichungen sich wissenschaftlich mit dem Insolvenzrecht beschäftigen. Ihre Erfahrungen können sie als Rechtspfleger der Insolvenzgerichte, Insolvenzverwalter und Lehrende an Hochschulen aus den verschiedenen Blickwinkeln der im Insolvenzverfahren Beteiligten einbringen.

Das Werk beinhaltet alle aktuellen gesetzlichen Neuerungen sowie die neueste Rechtsprechung zum Thema Insolvenzrecht. Literatur und Rechtsprechung sind bis Stand August 2016 berücksichtigt.

Der Dank der Autoren gilt dem Verlag und dem Lektorat, die es ermöglicht haben, dieses Buch zu realisieren.

Anregungen und Verbesserungsvorschläge nehmen die Autoren über den Verlag gern entgegen.

Die Autoren im August 2016

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Literaturverzeichnis	XXXV
Kapitel I Einführung und Grundlage	1
I. Einführung	1
II. Ziele des Verfahrens	2
III. Aufgaben des Gerichts	3
IV. Verfahrensgrundsätze	4
1. Ermittlungsgrundsätze	4
2. Verfahrensabwicklung	4
a) Durchführung des Verfahrens (Mündlichkeit/schriftliches Verfahren)	4
b) Verfahrensvereinfachungen	5
3. Rechtsmittel	6
V. Die unterschiedlichen Verfahrensarten	7
1. Gemeinsamkeiten bei Regel- und Verbraucherinsolvenz	7
2. Unterschiede bei Regel- und Verbraucherinsolvenz	7
3. Verbraucherinsolvenzverfahren	8
4. Regelinsolvenzverfahren	8
5. Sonderinsolvenzverfahren	8
VI. Gläubigerarten	9
1. Insolvenzgläubiger	9
2. Nachrangige Insolvenzgläubiger	10
3. Massegläubiger	10
4. Neugläubiger	10
5. Aussonderungsgläubiger	11
6. Absonderungsgläubiger	11
VII. Kostenstundung	12
VIII. Ablauf eines Insolvenzverfahrens (am Beispiel eines Regelinsolvenzverfahrens)	13
1. Insolvenzantrag	13
2. Eröffnungsbeschluss	13
3. Durchführung des Verfahrens	14
4. Abschluss des Verfahrens	14
5. Erlösverteilung (§§ 187 ff. InsO)	14
6. Aufhebung des Verfahrens (§§ 200 ff. InsO)	14
7. Wohlverhaltensperiode und Restschuldbefreiung (§§ 286 ff. InsO) im Falle einer natürlichen Person.	14
8. Skizze – Verfahrensübersicht – Unternehmensinsolvenz	14
Kapitel II Insolvenzantrag, Insolvenzgründe und Sicherungsmaßnahmen	16
A. Zulässigkeit des Insolvenzantrags	16
I. Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	16
1. Sachliche Zuständigkeit (§ 2 InsO)	16
2. Örtliche Zuständigkeit (§ 3 InsO)	16
3. Internationale Zuständigkeit	17
a) Zuständigkeitsbestimmung im Geltungsbereich der Eu-InsVO	17

Inhaltsverzeichnis

b)	Zuständigkeitsbestimmung außerhalb des Geltungsbereiches der EulnsVO	19
4.	Funktionelle Zuständigkeit	19
II.	Insolvenzfähigkeit des Schuldners	20
1.	Insolvenzfähigkeit als allgemeine Verfahrensvoraussetzung. . .	20
2.	Natürliche Personen (§ 11 Abs. 1 Satz 1 InsO)	20
3.	Juristische Personen (§ 11 Abs. 1 Satz 1 InsO)	21
4.	Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit (§ 11 Abs. 2 Nr. 1 InsO)	21
5.	Insolvenzfähige Sonderinsolvenzmassen	23
III.	Insolvenzantrag	24
1.	Rechtsnatur	24
2.	Prozessfähigkeit des Antragstellers	24
3.	Zulässigkeit der gewählten Verfahrensart	24
4.	Antragshäufung	25
IV.	Antragsberechtigung	26
1.	Eigenantrag des Schuldners	26
a)	Natürliche Person als Schuldner	26
b)	Gesellschaften als Schuldner.	27
2.	Fremdantrag eines Gläubigers	28
a)	Voraussetzungen des Gläubigerantrags im Überblick . . .	28
b)	Glaubhaftmachung der schuldrechtlichen Forderung . . .	28
c)	Glaubhaftmachung des Eröffnungsgrundes	30
d)	Rechtliches Interesse an der Eröffnung des Verfahrens . .	30
e)	Anhörung des Schuldners (§ 14 Abs. 2 InsO)	31
f)	Gegenglaubhaftmachung durch den Schuldner	32
g)	Beispiel für die Anordnung eines Sachverständigengutachtens	32
3.	Sonderantragsrecht der BaFin	33
4.	Krankenkassen	33
V.	Form	33
VI.	Gewillkürte Vertretung – Prozessvollmacht.	34
VII.	Postulationsfähigkeit.	34
VIII.	Antragspflicht und Antragsfrist.	34
1.	Originäre und subsidiäre Antragspflicht	34
2.	Antragspflicht bei juristischen Personen (§ 15a Abs. 1 Satz 1 InsO)	34
3.	Antragspflicht bei Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit (§§ 15a Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 InsO)	35
4.	Spezialgesetzliche Antragspflichten von Gesellschaften und Sondervermögen	35
5.	Antragsfrist	35
6.	Ende der Antragspflicht	35
IX.	Inhalt und Anlagen.	36
B.	Begründetheit des Insolvenzantrags	36
I.	Vorliegen eines Eröffnungsgrundes (§ 16 InsO)	36
II.	Zahlungsunfähigkeit (§ 17 InsO)	37
1.	Anwendungsbereich	37
2.	Definition.	37
3.	Fälligkeit der Zahlungspflicht	37
4.	Feststellung der Zahlungsunfähigkeit	37

a)	Betriebswirtschaftliche Methode	37
b)	Wirtschaftskriminalistische Methode	39
c)	Bewertungsstichtag	41
III.	Drohende Zahlungsunfähigkeit (§ 18 InsO)	41
1.	Sinn und Zweck der Norm	41
2.	Anwendungsbereich	41
3.	Feststellung der drohenden Zahlungsunfähigkeit	41
IV.	Überschuldung (§ 19 InsO)	41
1.	Anwendungsbereich	41
2.	Definition	42
3.	Feststellung der Überschuldung	42
4.	Bewertungsstichtag	42
C.	Auskunfts- und Mitwirkungspflichten des Schuldners	42
I.	Allgemeine Auskunftspflicht	42
1.	Offenbarungspflicht	43
2.	Mitwirkungspflicht	43
3.	Bereitschaftspflicht	43
4.	Zwangsmaßnahmen	43
II.	Auskunfts- und Mitwirkungspflichten von organschaftlichen Vertretern und Angestellten	43
D.	Sicherungsmaßnahmen gemäß § 21 InsO	44
I.	Voraussetzung der Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	44
II.	Besondere Verfügungsverbote (§ 21 Abs. 1, Abs. 2 InsO)	44
III.	Anordnung eines allgemeinen Zustimmungsvorbehalts (§ 21 Abs. 2 Nr. 2 2. Alt. InsO)	45
IV.	Anordnung eines allgemeinen Verfügungsverbots (§ 21 Abs. 2 Nr. 2 1. Alt. InsO)	47
1.	Zweck	47
2.	Rechtsnatur der Verfügungsbeschränkungen als absolutes Verfügungsverbot	47
3.	Wirkung	47
V.	Vollstreckungsverbot (§ 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO)	48
1.	Untersagung der Einzelzwangsvollstreckung	48
2.	Keine Geltung des Vollstreckungsverbots für die Immobilierzwangsvollstreckung	48
3.	Einstweilige Einstellung der Immobilierzwangsvollstreckung	48
VI.	Vorläufige Postsperre (§ 21 Abs. 2 Nr. 4 InsO)	48
1.	Voraussetzungen der Anordnung	48
2.	Gewährleistung rechtlichen Gehörs des Schuldners	49
3.	Begründung der Anordnung	49
4.	Aufhebung der Anordnung	49
5.	Rechtsmittel	49
VII.	Anordnung eines Verwertungs- und Einziehungsverbotes gemäß § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 InsO	49
1.	Sinn und Zweck	49
2.	Ausgleichspflicht des Wertverlusts	50
VIII.	Zwangsmaßnahmen (§ 21 Abs. 3 InsO)	50
IX.	Wirksamwerden von Sicherungsmaßnahmen	50
X.	Bekanntmachung der Verfügungsbeschränkung	50
E.	Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters und des Gläubigerausschusses	51

Inhaltsverzeichnis

I.	Die Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	51
1.	Rechtsstellung gegenüber dem Schuldner.	51
2.	Vorläufiger Verwalter mit Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis (§ 22 Abs. 1 Satz 1 InsO).	51
a)	Besonderheiten.	51
b)	Pflicht zur Vermögenssicherung und Erhaltung (§ 22 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 InsO).	52
c)	Fortführungspflicht bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§ 22 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 InsO)	52
3.	Vorläufiger Insolvenzverwalter ohne Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis (§ 22 Abs. 2 i. V. m. § 21 Abs. 2 Nr. 1 InsO)	54
II.	(Vor-)Vorläufiger Gläubigerausschuss (§ 22a InsO)	55
1.	Sinn und Zweck	55
2.	Pflichtausschuss (§ 22a Abs. 1 InsO)	56
3.	Antragsausschuss (§ 22a Abs. 2 InsO)	56
4.	Keine Einsetzung eines (vor-)vorläufigen Gläubigerausschusses gemäß § 22a Abs. 3 InsO.	57
5.	Zusammensetzung des (vor-)vorläufigen Gläubigerausschusses	57
6.	Aufgaben des (vor-)vorläufigen Gläubigerausschusses	57
7.	Vergütung des (vor-)vorläufigen Gläubigerausschusses.	57
Kapitel III	Entscheidung über den Antrag	59
	Einführung.	59
I.	Der Eröffnungsbeschluss	59
1.	Allgemeines	59
2.	Auswahl und Ernennung des Verwalters	60
a)	Führung von Verwalterlisten	61
b)	Auswahl für das konkrete Verfahren	62
c)	Grenzen des freien Auswahlermessens	63
3.	Inhalt des Eröffnungsbeschlusses	63
a)	Ernennung des Verwalters/Sachwalters.	64
b)	Bezeichnung des Schuldners.	64
c)	Stunde der Eröffnung	65
d)	Entscheidung über die Zulässigkeit des Antrags auf Restschuldbefreiung (§ 287a InsO)	66
e)	Aufforderung an die Gläubiger, ihre Forderungen beim Verwalter anzumelden (§ 28 Abs. 1 InsO)	66
f)	Aufforderung an die Gläubiger ihnen zustehende Sicherungsrechte unverzüglich dem Verwalter mitzuteilen	67
g)	Aufforderung an die Drittschuldner nicht mehr an den Schuldner zu leisten, sondern an den Verwalter.	67
h)	Terminbestimmung	67
i)	Tagesordnung	68
j)	Rechtsmittelbelehrung.	70
k)	Unterschrift des Richters	70
l)	Entscheidung über eine beantragte Eigenverwaltung	71
m)	Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses	71
n)	Gründe, weshalb der Richter von einem Vorschlag des Gläubigerausschusses zur Person des Verwalters abgewichen ist.	71
o)	Anordnung einer Postsperrung.	71

p)	Beauftragung des Verwalters mit der Durchführung der Zustellungen (§ 8 Abs. 3 InsO)	71
q)	Hinweis auf die Veröffentlichungsstelle	71
4.	Bekanntmachung des Eröffnungsbeschlusses	73
a)	Zustellung des Eröffnungsbeschlusses	73
aa)	Allgemeines	73
bb)	Zustellung gemäß § 30 Abs. 2 InsO	73
cc)	Zustellung an den Insolvenzverwalter	74
b)	Öffentliche Bekanntmachung	74
c)	Registereintragungen (§§ 31–33 InsO)	75
d)	Mitteilungen nach MIZI	76
e)	Mitteilungen nach dem Insolvenzstatistikgesetz	77
II.	Negative Entscheidungen	77
1.	Zurückweisung des Antrags wegen Unzulässigkeit	77
2.	Zurückweisung des Antrags wegen Unbegründetheit	78
3.	Abweisung mangels Masse	78
4.	Festsetzung der Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	79
III.	Rechtsbehelfe	80
IV.	Verfahrensbeendigung ohne gerichtliche Entscheidung	82
1.	Antragsrücknahme	82
2.	Beendigung durch Rücknahmefiktion	82
3.	Erledigterklärung	83
Kapitel IV	Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung.	84
I.	Insolvenzmasse.	84
1.	Begriff der Insolvenzmasse	84
2.	Bestimmung der Insolvenzmasse	85
a)	Rechtszuständigkeit	85
b)	Vermögenscharakter	85
c)	Zeitliche Voraussetzung	85
d)	Keine Freigabe	85
aa)	Anwendungsbereich	86
bb)	Freigabeerklärung	86
cc)	Echte Freigabe	86
dd)	Unechte Freigabe	87
ee)	Modifizierte Freigabe	87
ff)	„Freigabe“ einer selbstständigen Tätigkeit	87
3.	Unpfändbare Gegenstände	88
a)	Unpfändbare Sachen	89
b)	Unpfändbare Forderungen	89
c)	Unpfändbare Einkünfte bei selbstständiger Tätigkeit	90
d)	Pfändungsschutz für die Altersversorgung	91
e)	Pfändungsschutz für Konten	91
f)	Hausrat	92
4.	Gegenstände der Insolvenzmasse im Einzelnen	92
a)	Immobilien und grundstücksgleiche Rechte	92
b)	Weitere dingliche Rechte	92
c)	Bewegliche Sachen	93
d)	Forderungen und sonstige Vermögensrechte	93
e)	Bankkonten und Barmittel	93
f)	Anteile an Gesellschaften und Mitgliedschaftsrechte	93

Inhaltsverzeichnis

g)	Immaterielle Vermögensgegenstände und Firma	94
h)	Sonstige Vermögensgegenstände	94
i)	Erbrechtliche Ansprüche	95
j)	Treuhandverhältnisse	95
k)	Auslandsvermögen	96
l)	Sonderaktiva	96
II.	Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis des Insolvenzverwalters . . .	96
1.	Reichweite der Verwaltungs- und Verfügungsbeschränkungen	96
2.	Auswirkungen des Verlustes der Verwaltungs- und Verfügungs- befugnis auf die Rechtsstellung des Schuldners	97
a)	Eigentümergebietung	97
b)	Geschäftsfähigkeit	97
c)	Schuldnerstellung im Prozess	98
d)	Organstellung	98
3.	Rechtsstellung des Insolvenzverwalters	98
a)	Theorien zur Rechtsstellung	98
b)	Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis des Insolvenzver- walters	99
aa)	Inbesitznahme	99
bb)	Vornahme von Rechtsgeschäften	99
cc)	Eintritt in die Rechtsposition des Schuldners	99
4.	Aufgaben des Insolvenzverwalters	99
a)	Fortführung eines Geschäftsbetriebes	100
b)	Verwertung der Insolvenzmasse	100
c)	Auskunftspflichten des Insolvenzverwalters	101
d)	Stellung des Insolvenzverwalters im Zivil- und Strafpro- zess	102
5.	Auswirkung der Insolvenzverwalterbestellung in Sonderrechts- gebieten	103
a)	Arbeitsrecht	103
b)	Steuerrecht und Rechnungslegung	104
c)	Ordnungsrecht und sonstiges öffentliches Recht	104
6.	Verhältnis zwischen Schuldner und Insolvenzverwalter	105
III.	Unwirksamkeit relativer Veräußerungsverbote	106
1.	Relative Veräußerungsverbote	106
2.	Arten relativer Veräußerungsverbote	106
3.	Ausnahmen	107
IV.	Verfügungen des Schuldners	107
1.	Begriff der Verfügung	107
2.	Rechtshandlung des Schuldners	108
3.	Zeitpunkt der Verfügung	108
4.	Abgrenzung zwischen § 81 und § 91 InsO	109
5.	Rechtsfolgen	109
6.	Schutz des guten Glaubens	110
7.	Verfügung über künftige Forderungen	111
8.	Beweislast und Finanzsicherheit	111
V.	Ausschluss sonstigen Rechtserwerbs	112
1.	Anwendungsbereich des § 91 InsO	112
2.	Einzelfälle	113
a)	Abtretung künftiger Rechte	113

b)	Abtretung bedingter Rechte und bedingte Abtretung von Rechten	114
c)	Verbindung, Vermischung und Verarbeitung	114
d)	Vormerkung	114
e)	Pfandrechte	115
3.	Rechtsfolgen	115
4.	Ausnahmen vom Anwendungsbereich	116
VI.	Leistungen an den Schuldner	117
1.	Anwendungsbereich des § 82 InsO	117
a)	Art der Leistung	117
b)	Massezugehörigkeit	117
c)	Zeitpunkt der Leistung	117
d)	Keine Kenntnis des Drittschuldners	117
e)	Keine Zahlung auf ein eingetragenes Recht	118
2.	Rechtsfolgen des § 82 InsO	118
3.	Darlegungs- und Beweislast	118
4.	Anwendungsfälle	119
a)	Banküberweisungen und Lastschriftverfahren	119
b)	Scheck- und Wechselverkehr	120
Kapitel V	Beendigung von Vertragsverhältnissen	121
I.	Grundlage	121
II.	§ 103 InsO	121
1.	Anwendungsbereich	121
2.	Regelungsgehalt des § 103 InsO	122
a)	Dogmatische Einordnung	122
b)	Ausübung des Wahlrechtes	124
III.	Abweichende Regelungen	124
1.	Teilbare Leistungen	125
2.	Vormerkungen	125
3.	Kaufverträge unter Eigentumsvorbehalt	126
a)	Insolvenz Vorbehaltverkäufer	126
b)	Insolvenz Vorbehaltskäufer	126
4.	Behandlung von Miet- und Pachtverträgen über unbewegliche Gegenstände	126
a)	Regelungsgehalt	127
b)	Beendigung des Miet- oder Pachtverhältnisses	127
c)	Kündigungsfrist	127
d)	Vorausverfügungen	128
5.	Erlöschen bestimmter Rechtsverhältnisse	128
6.	Behandlung von Dienst- und Arbeitsverhältnissen	128
a)	Grundsätze	128
b)	§ 113 InsO	129
c)	Betriebsvereinbarungen (§ 120 InsO)	130
d)	Interessenausgleich und Sozialplan (§§ 121, 122 InsO)	130
aa)	Interessenausgleich	130
bb)	Sozialplan	131
cc)	Interessenausgleich und Kündigungsschutz	131
dd)	Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz	132
Kapitel VI	Insolvenzmasse und Vorausverfügungen	133
I.	Bezüge aus einem Dienstverhältnis	133

Inhaltsverzeichnis

II.	Miet- und Pachtforderungen	133
1.	Anwendungsbereich	133
2.	Rechtsfolgen	134
3.	Erweiterung der Aufrechnungsmöglichkeiten	134
4.	Verhältnis zu den Anfechtungstatbeständen	134
Kapitel VII	Vollstreckungsverbote und Vollstreckungsbeschränkungen nach Insolvenzeröffnung.	135
I.	Allgemeiner Überblick	135
II.	Vollstreckungsverbot nach § 89 Abs. 1 InsO	135
1.	Voraussetzungen	135
a)	Zwangsvollstreckungen	135
b)	Insolvenzgläubiger	136
c)	Dauer des Insolvenzverfahrens	136
aa)	Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	137
(1)	Pfändung von körperlichen Sachen	137
(2)	Pfändung von Forderungen	137
bb)	Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen	137
(1)	Zwangssicherungshypothek	137
(2)	Zwangsversteigerung/Zwangsverwaltung	137
d)	Insolvenzmasse	138
e)	Sonstiges Vermögen	138
2.	Rechtsfolgen	139
3.	Rechtsbehelfe	139
a)	Erinnerung gemäß § 766 ZPO	139
b)	Besonderheiten bei der Zwangsversteigerung/Zwangsverwaltung	140
c)	Besonderheiten bei der Zwangssicherungshypothek	140
III.	Erweitertes Vollstreckungsverbot nach § 89 Abs. 2 InsO	140
1.	Voraussetzungen	141
a)	Zwangsvollstreckungen	141
b)	Künftiges Einkommen	141
c)	Dauer des Insolvenzverfahrens	141
d)	Betroffene Gläubiger	141
2.	Rechtsfolgen	142
3.	Rechtsbehelfe	142
4.	Ausnahme zum erweiterten Vollstreckungsverbot nach § 89 Abs. 2 InsO	142
IV.	Zusammenfassung von Unterhalts- und Deliktsgläubigern im Zusammenhang mit der Pfändung von Arbeitseinkommen im Rahmen des § 89 InsO	143
1.	Unterhalts- und Deliktsgläubiger als <i>Insolvenzgläubiger</i>	143
2.	Unterhalts- und Deliktsgläubiger als <i>Neugläubiger</i>	144
V.	Vollstreckungsverbot nach § 90 Abs. 1 InsO	144
1.	Voraussetzungen	145
a)	Zwangsvollstreckungen	145
b)	Dauer des Vollstreckungsverbots	145
c)	Oktroyierte (aufgezwungene) Masseverbindlichkeiten	145
aa)	§ 90 Abs. 2 Nr. 1 InsO	145
bb)	§ 90 Abs. 2 Nr. 2 InsO	146
cc)	§ 90 Abs. 2 Nr. 3 InsO	146

dd)	Zusammenfassende Übersicht	147
2.	Rechtsfolgen	148
3.	Rechtsbehelfe	148
VI.	Vollstreckungsverbot nach § 210 InsO	148
1.	Voraussetzungen	148
a)	Anzeige der Masseunzulänglichkeit	149
b)	Masseverbindlichkeiten nach § 209 Abs. 1 Nr. 3 InsO	149
2.	Rechtsfolgen	149
3.	Rechtsbehelfe	149
VII.	Vollstreckungsverbot nach § 294 Abs. 1 InsO	150
1.	Voraussetzungen	150
a)	Insolvenzgläubiger	150
b)	Vermögen des Schuldners	150
c)	Zeitraum des Vollstreckungsverbots	150
2.	Rechtsfolgen	151
3.	Rechtsbehelfe	151
VIII.	Die „Rückschlagsperre“ als Vollstreckungsbeschränkung	151
1.	Voraussetzungen	151
a)	Sicherung durch Zwangsvollstreckung	152
aa)	Zwangsvollstreckung	152
bb)	Sicherung	152
b)	Massegegenstand	152
c)	Insolvenzgläubiger	153
d)	Frist des § 88 InsO	153
aa)	Berechnung des Zeitraums	153
bb)	Maßgeblicher Zeitpunkt	154
2.	Rechtsfolgen	155
a)	Allgemeines	155
b)	Besonderheiten im Rahmen der Zwangssicherungshypothek	156
3.	Rechtsbehelfe	156
a)	Erinnerung gemäß § 766 ZPO	156
b)	Besonderheiten bei der Zwangsversteigerung/Zwangsverwaltung	157
c)	Besonderheiten bei der Zwangssicherungshypothek	157
IX.	Vollstreckungsbeschränkungen im Nachlassinsolvenzverfahren (§ 321 InsO)	158
1.	Voraussetzungen	158
a)	Maßnahmen der Zwangsvollstreckung	158
b)	Zeitpunkt der Vollstreckung	158
c)	Vollstreckungsgegenstand	159
d)	Betroffene Gläubiger	159
e)	Befriedigung vor Insolvenzeröffnung	159
2.	Rechtsfolgen	159
3.	Rechtsbehelfe	159
4.	Übersicht der Vollstreckungsverbote/-beschränkungen im Rahmen des Nachlassinsolvenzverfahrens	160
Kapitel VIII Behandlungen von schwebenden Rechtsstreitigkeiten		161
I.	Grundlagen	161
II.	Verfahrensunterbrechung nach § 240 ZPO	162
III.	Aufnahme des Rechtsstreits	163

Inhaltsverzeichnis

1.	Aktivprozesse	163
a)	Definition des Aktivprozesses	163
b)	Aufnahme	164
c)	Ablehnung der Aufnahme	164
d)	Verzögerung der Entscheidung	165
2.	Passivprozesse	165
a)	Definition des Passivprozesses	165
b)	Aufnahme	165
Kapitel IX	Aufgaben des Gerichts nach Verfahrenseröffnung	167
I.	Allgemeines	167
II.	Durchführung des Verfahrens	167
1.	Bestimmung und Abhaltung der Termine	167
a)	Weiterer Prüfungstermin	169
b)	Erörterungstermin/Abstimmungstermin im Rahmen eines Insolvenzplans	169
c)	Anhörungstermine	169
2.	Anordnung der Mündlichkeit/Schriftliches Verfahren	169
III.	Leitung der Versammlungen – Allgemeines zur Gläubigerversammlung	170
1.	Ablauf einer Gläubigerversammlung	171
2.	Teilnahmeberechtigung	171
3.	Sitzungspolizei/sitzungspolizeiliche Maßnahmen	172
4.	Befangenheit	172
IV.	Berichtstermin	173
1.	Einberufung	174
2.	Beschlussfassung der Gläubigerversammlung	174
3.	Stimmrechte	175
a)	Angemeldete und festgestellte Forderungen	177
b)	Angemeldete, aber bislang ungeprüfte Forderungen	177
c)	Gläubiger ohne rechtzeitige Forderungsanmeldung	177
d)	Angemeldete und bestrittene Forderungen	177
4.	Stimmrechtsentscheidung	178
5.	Stimmrechtsverbote/Stimmrechtsausschlüsse	179
6.	Aufhebung von Beschlüssen der Gläubigerversammlung	179
V.	Abschließende Gläubigerversammlung	180
VI.	Gläubigerausschuss	181
1.	Allgemeines	181
2.	Zusammensetzung	182
3.	Mitgliedschaft und Beginn des Amtes	182
a)	Mitgliedschaft	182
b)	Beginn des Amtes	183
c)	Wahl der Mitglieder	183
d)	Aufgaben und Haftung	184
4.	Beendigung des Amtes	184
5.	Rechtsmittel	185
VII.	Die Aufsichtspflicht	185
1.	Allgemeines	185
2.	Aufsichtspflicht	186
3.	Grenzen gerichtlicher Kontrolle	187
4.	Rechts- und zweckwidriges Handeln des Insolvenzverwalters	187
5.	Haftung des Verwalters	188

a)	Allgemeines	188
b)	Wegen Nichterfüllung von Masseverbindlichkeiten	189
6.	Durchsetzung des Haftungsanspruches	189
7.	Sonderinsolvenzverwalter	189
Kapitel X	Behandlung von Fremdrechten	192
A.	Regelungszweck	192
I.	Istmasse und Sollmasse	192
II.	Aussonderung	192
III.	Absonderung	192
IV.	Aufrechnung	193
V.	Freigabe	193
B.	Aussonderung	193
I.	Durchsetzung der Aussonderung	193
1.	Auskunftsanspruch	193
a)	Anspruchsgrundlage	193
b)	Umfang des Auskunftsanspruches	193
c)	Kosten der Auskunft	194
2.	Aussonderungskosten	194
3.	Aussonderungsrechtsstreit	194
4.	Überwindung fehlender Bestimmbarkeit durch Poolbildung . .	195
a)	Geltung des sachenrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatzes	195
b)	Überwindung von Beweisschwierigkeiten durch Poolbil-	195
c)	Pool-Konstellationen zur Geltendmachung eines Abson-	195
aa)	Lieferantenpool	195
bb)	Kreditinstitut und Lieferanten	196
cc)	Lieferanten und Insolvenzverwalter	196
dd)	Kreditinstitut und Lieferanten und Insolvenzverwal-	196
ee)	Aufteilungsquote	197
d)	Pool-Konstellationen zur Geltendmachung eines Ausson-	197
aa)	Teilnahmefähige Rechte	197
bb)	Abfindungspool	197
cc)	Abgeltungspool	197
II.	Aussonderungsfähige Rechtspositionen	197
1.	Eigentum	197
a)	Alleineigentum	197
b)	Gesamthandseigentum	197
c)	Miteigentum	198
d)	Verwahrung	198
e)	Eigentumsvorbehalt (Insolvenz des Vorbehaltsverkäu-	198
f)	Eigentumsvorbehalt (Insolvenz des Vorbehaltskäufers) . .	198
aa)	Einfacher Eigentumsvorbehalt	198
bb)	Verlängerungs- und Erweiterungsformen des Eigen-	198
cc)	Verlängerter Eigentumsvorbehalt	199
2.	Beschränkt dingliche Rechte	199
3.	Besitz	200

Inhaltsverzeichnis

4.	Erbrechtliche Ansprüche	200
5.	Gewerbliche Schutzrechte, Urheberrecht und Persönlichkeitsrecht	200
6.	Forderungen	200
7.	Obligatorische Herausgabeansprüche	200
8.	Verschaffungsansprüche	200
9.	Unterlassungsansprüche	200
10.	Treuhandverhältnisse	201
11.	Anfechtungsansprüche	201
12.	Betriebliche Altersvorsorge – Bezugsrechte aus Lebensversicherungsverträgen	201
III.	Haftungsrisiken des Insolvenzverwalters	201
1.	Pflicht zur Inventarisierung	201
2.	Vermögensbetreuungspflicht des Insolvenzverwalters.	201
3.	Rechtsfolge der Verletzung des Aussonderungsrechts.	202
4.	Haftung des Insolvenzverwalters für Dritte	202
C.	Ersatzaussonderung	202
I.	Voraussetzungen der Ersatzaussonderung (§ 48 InsO)	202
1.	Unberechtigte Veräußerung	202
2.	Ersatzaussonderungsberechtigter	203
3.	Surrogationsfälle	203
II.	Umfang des Ersatzaussonderungsanspruchs	203
1.	Noch nicht erbrachte Gegenleistung	203
2.	Bereits erbrachte Gegenleistung	203
D.	Das Absonderungsrecht	204
I.	Rechtsnatur des Absonderungsrechts	204
II.	Gesetzliche Regelung der Absonderungsrechte	205
III.	Abgesonderte Befriedigung aus unbeweglichen Gegenständen (§ 49 InsO)	205
1.	Unbewegliche Gegenstände als Haftungsgegenstand	205
2.	Absonderungsberechtigte Gläubiger und Befriedigungsrangfolge	206
3.	Geltendmachung des Absonderungsrechts nach ZVG	206
4.	Freihändige Verwertung	207
IV.	Abgesonderte Befriedigung der Pfandgläubiger (§ 50 InsO).	208
1.	Rechtsgeschäftliches Pfandrecht	208
2.	Gesetzliches Pfandrecht	208
a)	Gesetzliche Pfandrechte im Überblick	208
b)	Vermieter- und Verpächterpfandrecht (§§ 562, 592 BGB)	209
aa)	Umfang des Absonderungsrechts	209
bb)	Haftungsgegenstand	209
cc)	Wahlrecht bei mehreren Sicherheiten des Vermieters/Verpächters.	210
dd)	Sicherheitenkollision	210
c)	Frachtführerpfandrecht (§ 441 HGB).	210
3.	Pfändungspfandrecht	211
a)	Entstehung des Pfändungspfandrechts	211
b)	Erlöschen des Pfändungspfandrechts	211
V.	Sonstige Absonderungsberechtigte (§ 51 InsO)	212
1.	Gleichstellung anderer Sicherheiten mit dem Pfandrecht (§ 51 InsO).	212

2.	Sicherungseigentum (§ 51 Nr. 1 1. Alt. InsO)	212
a)	Begründung des Sicherungseigentums	212
b)	Übersicherung des Sicherungsnehmers	213
c)	Rechtsfolge bei Eintritt des Sicherungsfalls	213
d)	Prüfungsschema Sicherungseigentum	214
3.	Sicherungsabtretung (§ 51 Nr. 1 2. Alt. InsO)	214
a)	Begründung der Sicherungsabtretung	214
b)	Factoring	215
c)	Prüfungsschema Sicherungszession	215
4.	Zurückbehaltungsrecht wegen nützlicher Verwendungen (§ 51 Nr. 2 InsO)	216
5.	Kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht (§§ 369 HGB, 51 Nr. 3 InsO)	216
6.	Absonderungsrecht des Fiskus (§ 51 Nr. 4 InsO)	216
7.	Übungsfragen zu Sicherheitenkollisionen	216
VI.	Durchführung der abgesonderten Befriedigung	218
1.	Ausgangslage	218
2.	Verwertung durch den Insolvenzverwalter	218
a)	Verwertungsrecht des Insolvenzverwalters bei unmittelbarem Besitz des Insolvenzverwalters (§ 166 Abs. 1 InsO)	218
b)	Pflichten des Insolvenzverwalters gegenüber dem absonderungs- berechtigten Gläubiger	219
c)	Abrechnung des Verwertungserlöses bei Verwertung durch den Insolvenzverwalter	219
aa)	Umsatzsteuerpflichtige Verwertung	219
bb)	Umsatzsteuerfreie Verwertung	220
d)	Selbsteintritt des absonderungsberechtigten Gläubigers (§ 168 Abs. 3 Satz 1 InsO)	220
3.	Verwertung durch den absonderungsberechtigten Gläubiger	221
a)	Originäres Verwertungsrecht des Gläubigers (§ 173 InsO)	221
b)	Abgeleitetes Verwertungsrecht des Gläubigers (§ 170 Abs. 2 InsO)	221
4.	Befriedigungsrangfolge	221
VII.	Ersatzabsonderung (§ 48 InsO analog)	222
E.	Die Aufrechnung in der Insolvenz	223
I.	Regelungszweck	223
II.	Systematik der §§ 94 ff. InsO	223
III.	Anwendungsbereich	223
IV.	Geltendmachung der Gegenforderung im Insolvenzverfahren	224
V.	Erhaltung der Aufrechnungslage (§ 94 InsO)	224
1.	Gegenforderung und Hauptforderung	224
2.	Gegenseitigkeit	225
3.	Gleichartigkeit	225
4.	Fälligkeit der Gegenforderung	225
5.	Erfüllbarkeit der Hauptforderung	225
6.	Kein Aufrechnungsverbot	225
7.	Aufrechnungserklärung	226
8.	Rechtsfolge der Aufrechnung	226
VI.	Eintritt der Aufrechnungslage im Verfahren (§ 95 InsO)	226
1.	Regelungszweck	226

Inhaltsverzeichnis

2.	Gegenforderung des Aufrechnungsgläubigers	227
3.	Hauptforderung des Schuldners gegen den Insolvenzgläubiger	227
4.	Aufrechnungsausschluss	228
5.	Umgang mit Fremdwährungen (§ 95 Abs. 2 InsO)	228
VII.	Unzulässigkeit der Aufrechnung (§ 96 InsO)	228
1.	Regelungszweck	228
2.	Erwerb der Schuldnerstellung (§ 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO)	228
3.	Erwerb der Gläubigerstellung (§ 96 Abs. 1 Nr. 2 InsO)	229
4.	Anfechtbarer Erwerb der Aufrechnungsmöglichkeit (§ 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO)	229
5.	Gegenforderung gegen das freie Vermögen des Schuldners (§ 96 Abs. 1 Nr. 4 InsO)	230
Kapitel XI	Das Insolvenzanfechtungsrecht	231
I.	Grundlagen	231
1.	Ziel und Zweck der Insolvenzanfechtung	231
2.	Rechtsentwicklung	232
3.	Dogmatische Einordnung	233
4.	Konkurrenzen	233
5.	Gesetzessystematik	234
II.	Allgemeine Voraussetzungen der Insolvenzanfechtung (Grundtatbestand)	234
1.	Begriff der Rechtshandlung	234
a)	Rechtsgeschäfte	234
b)	Prozesshandlungen	235
c)	Geschäftsähnliche Handlungen und Realakte	235
d)	Unterlassen	236
e)	Mittelbare Zuwendungen	236
f)	ZV-Maßnahmen	236
2.	Vor Insolvenzeröffnung	237
3.	Gläubigerbenachteiligung	238
a)	Begriffsbestimmung	238
b)	Unmittelbare und mittelbare Gläubigerbenachteiligung	239
4.	Zurechnungszusammenhang	240
5.	Ausübung des Anfechtungsrechts	241
III.	Die einzelnen Anfechtungstatbestände (Haupttatbestände)	241
1.	Übersicht	241
2.	Inkongruente Deckung (§ 131 InsO)	242
a)	Inkongruenz	242
b)	Inkongruente Befriedigung	242
aa)	Befriedigung, die nicht zu beanspruchen war	242
bb)	Befriedigung, die nicht in der Art zu beanspruchen war	244
cc)	Befriedigung, die nicht zu der Zeit zu beanspruchen war	245
c)	Inkongruente Sicherung	246
aa)	Sicherung, die nicht zu beanspruchen war	246
bb)	Sicherung, die nicht in der Art zu beanspruchen war	246
cc)	Sicherung, die nicht zu der Zeit zu beanspruchen war	247
d)	Weitere Voraussetzungen	247

aa)	§ 131 Abs. 1 Nr. 1 InsO	247
bb)	§ 131 Abs. 1 Nr. 2 InsO	248
cc)	§ 131 Abs. 1 Nr. 3 InsO	248
3.	Kongruente Deckung (§ 130 InsO)	249
a)	§ 130 Abs. 1 Nr. 1 InsO	250
aa)	Anfechtungsfrist	250
bb)	Zahlungsunfähigkeit	250
cc)	Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit	250
(1)	§ 130 Abs. 2 InsO	250
(2)	§ 130 Abs. 3 InsO	251
b)	§ 130 Abs. 1 Nr. 2 InsO	253
4.	Unmittelbar nachteilige Rechtshandlungen (§ 132 InsO)	253
a)	Zeitliche und subjektive Voraussetzungen	254
b)	Besondere Voraussetzungen des § 132 Abs. 1 InsO	254
c)	Besondere Voraussetzungen des § 132 Abs. 2 InsO	254
5.	Vorsätzliche Benachteiligung (§ 133 InsO)	255
a)	§ 133 Abs. 1 InsO	255
aa)	Gläubigerbenachteiligung	256
bb)	Gläubigerbenachteiligungsvorsatz	256
cc)	Kenntnis des Gläubigerbenachteiligungsvorsatzes	258
dd)	Beispielsfall	258
b)	§ 133 Abs. 2 InsO	259
6.	Unentgeltliche Leistungen (§ 134 InsO)	260
7.	Gesellschafterdarlehen (§ 135 InsO)	261
a)	Maßgebliche Rechtshandlung	262
b)	Gläubigerbenachteiligung	262
c)	Betroffene Forderungen	262
d)	Beispielsfall	263
e)	§ 135 Abs. 2 InsO	263
IV.	Ausschlussgründe, ergänzende Regelungen	264
V.	Rechtsfolgen der Anfechtung	265
1.	Grundlagen	265
2.	Einzelfälle	265
a)	Begründung von Rechten	265
b)	Übertragung von Rechten/Sachen	266
c)	Verzicht/Erlass von Rechten	266
d)	Unterlassen	266
3.	Anfechtung bei unentgeltlicher Leistung	266
4.	Ansprüche des Anfechtungsgegners	267
Kapitel XII	Zwangsversteigerung im Insolvenzverfahren (§ 172 ZVG)	
	ZVG)	268
Einführung		268
I.	Anordnung des Verfahrens	268
1.	Allgemeines	268
2.	Zwangsversteigerung im Insolvenzverfahren (§ 172 ZVG)	268
3.	Das geringste Gebot in der Insolvenzversteigerung	269
a)	Abweichendes geringstes Gebot auf Antrag eines Gläubigers	269
b)	Abweichendes geringstes Gebot auf Antrag des Insolvenzverwalters	270
II.	Verhältnis zu anderen Versteigerungsverfahren	270

Inhaltsverzeichnis

1.	Beteiligtenstellung des Insolvenzverwalters in der Vollstreckungsversteigerung	270
2.	Gestaltungsmöglichkeiten des Insolvenzverwalters im Vollstreckungsverfahren	271
III.	Kalte Zwangsverwaltung	272
IV.	Vor- und Nachteile der Insolvenzversteigerung	273
1.	Vorteile	273
2.	Nachteile	273
Kapitel XIII Befriedigung der Massegläubiger		274
I.	Massegläubiger (§ 53 InsO)	274
1.	Regelungszweck	274
2.	Befriedigung der Massegläubiger	274
3.	Fehlerhafte rechtliche Einordnung der Masseverbindlichkeit.	275
4.	Haftung des Schuldners	275
II.	Kosten des Insolvenzverfahrens (§ 54 InsO)	275
1.	Gerichtskosten	275
a)	Gerichtskosten des Eröffnungsverfahrens	275
aa)	Gebühren	275
bb)	Gegenstandswert	275
cc)	Auslagen	275
dd)	Mehrere Anträge	275
ee)	Kostenschuldner der Gerichtskosten des Eröffnungsverfahrens	276
b)	Gerichtskosten des eröffneten Insolvenzverfahrens.	276
aa)	Gebühren	276
bb)	Auslagen	277
cc)	Kostenschuldner der Gerichtskosten des eröffneten Insolvenzverfahrens	277
c)	Keine Kosten des Insolvenzverfahrens	277
2.	Vergütung und Auslagen des vorläufigen Insolvenzverwalters.	278
3.	Vergütung und Auslagen des Insolvenzverwalters	278
4.	Vergütung und Auslagen des (vorläufigen) Sachwalters	279
5.	Vergütung und Auslagen des Sonderinsolvenzverwalters	279
6.	Gläubigerausschuss	279
7.	Vergütungsschuldner	280
III.	Masseverbindlichkeiten	281
1.	Anspruchsgrundlagen für Masseverbindlichkeiten in der Insolvenzordnung.	281
2.	Handlungen des Insolvenzverwalters und Verwaltungsmaßnahmen (§ 55 Abs. 1 Nr. 1 1. Alt. InsO)	281
3.	„In anderer Weise“ begründete Masseverbindlichkeiten (§ 55 Abs. 1 Nr. 1 2. Alt. InsO)	282
a)	Tatbestandsmäßiges Unterlassen	282
b)	Ersatzvornahmekosten bei der Beseitigung von Bodentlasten, Müll und sonstigen Emissionen.	283
c)	Hausgeldansprüche nach dem WEG bei Sondereigentum	283
d)	Gewerbe- oder Wohnraummietverhältnis	284
aa)	Insolvenz des Mieters.	284
bb)	Insolvenz des Vermieters.	284
e)	Schadensersatzansprüche	285
f)	Steuerverbindlichkeiten	285

	aa) Umsatzsteuer	285
	bb) Ertragssteuer.	286
	cc) Einkommenssteuer.	286
	dd) Lohnsteuer	287
	ee) Gewerbesteuer	287
	ff) Kfz-Steuer	287
	gg) Grundsteuer	287
	g) Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Neuerwerb i. S. d. § 35 Abs. 2 InsO	287
4.	Ansprüche aus gegenseitigen Verträgen bei Erfüllungsverlangen (§ 55 Abs. 1 Nr. 2 1. Alt. InsO)	287
5.	Ansprüche aus gegenseitigen Verträgen bei oktroyierter Vertragserfüllung (§ 55 Abs. 1 Nr. 2 2. Alt. InsO)	288
	a) Miet- und Pachtverhältnisse	288
	b) Dienstverhältnisse.	288
	aa) Entgeltansprüche.	288
	bb) Überbrückungs- und Altersruhegeld	289
	cc) Urlaubsabgeltungsansprüche	289
	dd) Betriebliche Sonderzuwendungen	289
	ee) Abfindung	289
	ff) Zeugniserteilungsanspruch	289
6.	Masseverbindlichkeiten nach § 55 Abs. 1 Nr. 3 InsO.	289
7.	Vom starken vorläufigen Insolvenzverwalter begründete Masseverbindlichkeiten (§ 55 Abs. 2 Satz 1 InsO).	290
8.	Inanspruchnahme der Leistung aus Dauerschuldverhältnissen durch den starken vorläufigen Insolvenzverwalter (§ 55 Abs. 2 Satz 2 InsO)	291
9.	Vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren gem. § 270a InsO	291
10.	Vorläufiges Verfahren zur Vorbereitung einer Sanierung gem. § 270b InsO („Schutzschirmverfahren“)	291
11.	Verbindlichkeiten aus im vorläufigen Verfahren begründeten Steuerschuldverhältnissen (§ 55 Abs. 4 InsO).	291
IV.	Abwicklung masseunzureichender Verfahren.	293
	1. Verfahrenskostendeckung als Voraussetzung für die Verfahrenseröffnung	293
	2. Einstellung wegen Massearmut (§ 207 InsO)	293
	a) Ermittlung der Massearmut	293
	b) Weiterer Verfahrensablauf	293
	c) Wirkung der Einstellung	294
	3. Anzeige der Masseunzulänglichkeit (§ 208 InsO)	295
	a) Ermittlung der Masseunzulänglichkeit	295
	b) Folgen der Masseunzulänglichkeit.	295
	c) Beseitigung der Masseunzulänglichkeit.	295
	4. Befriedigungsrangfolge bei Masseunzulänglichkeit (§ 209 InsO).	296
	a) Befriedigungsrangordnung der Masseverbindlichkeiten.	296
	b) Kosten des Insolvenzverfahrens (§ 209 Abs. 1 Nr. 1 InsO)	296
	c) Abgrenzung Neumasseverbindlichkeiten – Altmasseverbindlichkeiten	296
	d) Aufrechnung von Masseverbindlichkeiten.	297
	e) Vollstreckungsverbote	297

Inhaltsverzeichnis

Kapitel XIV Forderungsfeststellung	298
I. Forderungsanmeldung	298
1. Inhalt und Anlagen	298
2. Form und Adressat	299
3. Frist	300
4. Anmeldeberechtigung	300
5. Beispiel einer Forderungsanmeldung	300
II. (Vor-)Prüfung durch den Insolvenzverwalter und das Gericht	302
III. Berichtigung der Forderungsanmeldung durch den Gläubiger	304
IV. Wirkung und Folgen der Anmeldung	305
V. Forderungsprüfung	305
1. Allgemeines	305
2. Erörterung und Widerspruchsberechtigung	306
3. Prüfungsergebnisse	306
VI. Zusätzliche Anmeldeattribute: Forderungen aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung, aus vorsätzlich pflichtwidriger Verletzung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht und aus Steuerstraftaten nach den §§ 370, 373 oder § 374 der Abgabenordnung	309
VII. Wirkung von Feststellung und von Widersprüchen	312
1. Verwalterwiderspruch	312
a) Nicht titulierte Forderungen	312
b) Titulierte Forderungen	313
2. Gläubigerwiderspruch	313
3. Schuldnerwiderspruch	314
a) Verhinderung einer späteren Vollstreckung	314
b) Verhinderung der Wirkung aus § 302 InsO	314
c) Widerspruch des Schuldners bei nicht titulierten Forderungen	315
d) Widerspruch des Schuldners bei titulierten Forderungen	315
4. Sonderfall „isolierter“ Widerspruch des Schuldners	316
a) Titulierte Forderungen	316
b) Nicht titulierte Forderungen	317
VIII. Berichtigung der Tabelle	317
IX. Vollstreckung aus der Tabelle	318
Kapitel XV Der Schlusstermin	321
Einführung	321
I. Voraussetzungen für die Bestimmung des Schlusstermins	321
1. Vollständige Verwertung der Masse	321
2. Bereinigung der Tabelle	321
3. Erstellung und Einreichung der Schlussunterlagen	321
4. Prüfung der Schlussunterlagen	322
II. Bestimmung des Schlusstermins	324
1. Inhalt der Terminbestimmung	324
2. Tagesordnung	325
3. Bekanntmachung	326
4. Vergütungsfestsetzung	326
III. Abhaltung des Schlusstermins	327
1. Allgemeines	327
2. Ablauf des Schlusstermins	328
3. Entscheidungen im Schlusstermin	329

a)	Entscheidung über die Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis	329
b)	Entscheidung im Rahmen des Restschuldbefreiungsverfahrens	329
Kapitel XVI	Verteilung der Insolvenzmasse	330
A.	Grundsätze zum Verteilungsverfahren	330
I.	Zeitpunkt der Verteilung	330
II.	Einholung von Zustimmungen	330
III.	Erstellung des Verteilungsverzeichnisses	331
1.	Allgemeines	331
2.	Aufzunehmende Forderungen	331
a)	Festgestellte Forderungen	331
b)	Bestrittene Forderungen	331
c)	Aufschiebend bedingte Forderungen	332
d)	Auflösend bedingte Forderungen	332
e)	Durch Absonderungsrechte gesicherte Forderungen	332
aa)	Ausfall	332
bb)	Verzicht auf abgesonderte Befriedigung	332
3.	Aufgaben des Gerichts nach Einreichung des Verteilungsverzeichnisses nach § 188 InsO	333
B.	Abschlagsverteilung	334
I.	Zeitpunkt der Abschlagsverteilung	334
II.	Erstellung des Verteilungsverzeichnisses	334
1.	Berücksichtigung bestrittener Insolvenzforderungen	335
a)	Bestrittene <i>nicht</i> titulierte Forderungen	335
aa)	Fristgerechter Nachweis	336
bb)	Kein fristgerechter Nachweis	336
b)	Bestrittene titulierte Forderungen	336
aa)	Keine Widerspruchsverfolgung durch den Bestreitenden	336
bb)	Widerspruchsverfolgung durch den Bestreitenden	336
2.	Berücksichtigung absonderungsberechtigter Gläubiger	337
a)	Verwertungsrecht des Verwalters	337
b)	Verwertungsrecht des Gläubigers	337
aa)	Fristgerechter Nachweis	338
bb)	Kein fristgerechter Nachweis	338
c)	Verwertungsrecht bei unbeweglichen Gegenständen	338
3.	Berücksichtigung aufschiebend bedingter Insolvenzforderungen	338
III.	Erhebung von Einwendungen	338
1.	Zulässigkeit der Einwendung	339
a)	Statthaftigkeit	339
b)	Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen	339
c)	Einlegung beim zuständigen Gericht	339
d)	Form	339
e)	Frist	339
f)	Beschwer/Einwendungsberechtigung	340
2.	Begründetheit der Einwendung	340
3.	Entscheidung durch das Insolvenzgericht	340
a)	Verfahren bei zulässigen und begründeten Einwendungen	340

Inhaltsverzeichnis

b)	Verfahren bei unzulässigen und/oder unbegründeten Einwendungen	341
IV.	Ausführung der Verteilung	341
1.	„Endgültiges“ Verteilungsverzeichnis	341
2.	Bestimmung des zu verteilenden Bruchteils	342
3.	Vornahme der Verteilung	342
C.	Schlussverteilung	342
I.	Zeitpunkt der Schlussverteilung	342
II.	Einholung von Zustimmungen	343
III.	Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes	343
IV.	Erstellung des Schlussverzeichnisses	344
1.	Berücksichtigung bestrittener Forderungen	345
a)	Fristgerechter Nachweis	345
b)	Kein fristgerechter Nachweis	345
2.	Berücksichtigung absonderungsberechtigter Gläubiger	345
a)	Verwertungsrecht des Verwalters	345
b)	Verwertungsrecht des Gläubigers	346
aa)	Fristgerechter Nachweis	346
bb)	Kein fristgerechter Nachweis	346
c)	Verwertungsrecht bei unbeweglichen Gegenständen	346
3.	Berücksichtigung aufschiebend bedingter Forderungen	346
V.	Erhebung von Einwendungen	347
1.	Zulässigkeit der Einwendung	347
a)	Statthaftigkeit	347
b)	Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen	347
c)	Einlegung beim zuständigen Gericht	347
d)	Form	347
e)	Frist	347
f)	Beschwer	348
2.	Begründetheit der Einwendung	348
3.	Entscheidung durch das Insolvenzgericht	348
a)	Verfahren bei zulässigen und begründeten Einwendungen	348
b)	Verfahren bei unzulässigen und/oder unbegründeten Einwendungen	348
VI.	Ausführung der Verteilung	348
1.	„Endgültiges“ Schlussverzeichnis	348
2.	Vornahme der Verteilung	349
VII.	Überschuss bei der Schlussverteilung	349
D.	Übersicht zum Verfahrensablauf bei der Abschlags- und Schlussverteilung	350
E.	Nachtragsverteilung	351
	Kapitel XVII Die Beendigung des Verfahrens	352
	Einführung	352
I.	Aufhebung des Verfahrens	352
1.	Aufhebung nach Verteilung	352
2.	Aufhebung nach Planbestätigung	353
3.	Rechtsmittel	353
II.	Formen der Verfahrenseinstellungen	353
1.	Einstellung wegen mangelnder Kostendeckung	353
2.	Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	353

3.	Einstellung wegen Wegfalls des Insolvenzgrundes	353
4.	Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger	354
5.	Rechtsmittel	354
III.	Verfahren nach Aufhebung/Einstellung	354
1.	Bekanntmachung	354
2.	Registereintragen	355
3.	Mitteilungen	355
4.	Wirkung der Aufhebung/Einstellung	355
5.	Anordnung einer Nachtragsverteilung (§ 203 InsO)	356
Kapitel XVIII Verbraucherinsolvenzverfahren		358
I.	Allgemeines	358
II.	Voraussetzungen	358
III.	Ablauf des Verbraucherinsolvenzverfahrens	359
1.	Außergerichtlicher Einigungsversuch bei Eigenantrag	359
2.	Antrag auf Eröffnung	361
3.	Behandlung des Antrages	362
4.	Eröffnetes Insolvenzverfahren	364
5.	Wohlverhaltensperiode	364
IV.	Kostenstundung	365
1.	Voraussetzungen und Gewährung	365
2.	Änderung	367
3.	Aufhebung	367
4.	Umfang	367
Kapitel XIX Das Restschuldbefreiungsverfahren		369
Einführung		369
I.	Restschuldbefreiungsverfahren bei Antragstellung bis 30.6.2014	369
1.	Antrag des Schuldners	369
2.	Abtretungserklärung	370
3.	Aufgaben und Rechtstellung des Treuhänders	371
4.	Aufgaben des Gerichts	372
5.	Versagungsgründe im eröffneten Insolvenzverfahren	373
6.	Entscheidung über den Versagungsantrag nach dem Schlusstermin	374
7.	Obliegenheiten des Schuldners in der Wohlverhaltensperiode	375
8.	Entscheidung über den Versagungsantrag nach §§ 296, 297 InsO in der Wohlverhaltensperiode	377
9.	Versagung der Restschuldbefreiung nach Antrag des Treuhänders	378
10.	Erteilung der Restschuldbefreiung	378
11.	Widerruf der Erteilung	379
12.	Wirkung der Restschuldbefreiung	379
13.	Von der Erteilung der Restschuldbefreiung ausgenommene Forderungen	380
II.	Restschuldbefreiungsverfahren bei Antragstellung ab 1.7.2014	381
1.	Änderungen im Antragsverfahren	381
2.	Änderungen bei der Abtretungserklärung	382
3.	Änderungen für den Treuhänder	382
4.	Neuerungen im gerichtlichen Ablauf	382
5.	Neufassung der Versagungsgründe nach § 290 InsO für das eröffnete Insolvenzverfahren	382

Inhaltsverzeichnis

6.	Änderungen bei der Beschlussfassung über die Restschuldbefreiung nach § 290 InsO	383
7.	Neufassung der Obliegenheiten während der Wohlverhaltensperiode nach §§ 295 n. F., 297, 297a InsO	383
8.	Erteilung der Restschuldbefreiung nach § 300 InsO n. F.	384
9.	Weitere Wirkung der Erteilung der Restschuldbefreiung im laufenden Insolvenzverfahren	385
10.	Widerruf der Erteilung	385
11.	Weitere von der Erteilung ausgenommene Forderungen	386
12.	Eintragungen in die Schuldnerkartei	386
Kapitel XX	Der Insolvenzplan	387
A.	Einleitung	387
I.	Sinn und Zweck des Insolvenzplanverfahrens	387
II.	Verfahrensabschnitte	387
III.	Entwicklung des Insolvenzplanverfahrens	387
IV.	Grundsätze des Insolvenzplanverfahrens	388
1.	Gläubigerautonomie bei der Verwertungsentscheidung	388
2.	Gleichbehandlungsgrundsatz	388
a)	Gleichbehandlung der Gruppen (§ 245 Abs. 1 Nr. 2 InsO)	388
b)	Gleichbehandlung der Beteiligten innerhalb einer Gruppe (§ 226 InsO)	388
3.	Minderheitenschutz	389
a)	Minderheitenschutz zwischen den Gruppen (§ 245 Abs. 1 Nr. 1 InsO)	389
b)	Minderheitenschutz des Einzelnen (§ 251 InsO)	389
V.	Verhältnis der §§ 217 ff. InsO zu den anderen Vorschriften der InsO	389
VI.	Richterzuständigkeit	389
VII.	Kosten und Vergütung	389
1.	Planvorlage des Schuldners	389
2.	Planvorlage des Insolvenzverwalters	390
3.	Gerichtskosten	390
VIII.	Arten von Insolvenzplänen	390
1.	Sanierungsplan	390
2.	Liquidationsplan	391
3.	Sanierungs- und Teilliquidationsplan	391
4.	Verfahrensleitender Plan	391
B.	Aufstellung des Insolvenzplans	391
I.	Inhalt des Insolvenzplans	391
1.	Darstellender Teil	391
2.	Gestaltender Teil	392
3.	Gruppenbildung	394
a)	Pflichtgruppen	394
aa)	Gruppe der absonderungsberechtigten Gläubiger	394
bb)	Gruppe der Gesellschafter oder Anteilseigner	395
cc)	Gruppe der Insolvenzgläubiger	395
dd)	Gruppe der nachrangigen Insolvenzgläubiger	396
b)	Fakultative Gruppen	396
4.	Plananlagen	396
a)	Allgemeine Anlagen	396

	b) Finanzwirtschaftliche Anlagen	397
	c) Anlagen bei Einbeziehung Dritter	397
II.	Vorlage des Insolvenzplans.	397
	1. Zeitpunkt.	397
	2. Vorlageberechtigte	397
	a) Schuldner und Insolvenzverwalter	397
	b) Schuldner und Sachwalter	397
	c) Gläubigerversammlung	397
	3. Mitwirkungspflichten.	397
III.	Konkurrierende Pläne	398
IV.	Vorprüfung des Insolvenzplans durch das Insolvenzgericht	398
	1. Prüfungsgegenstand und Prüfungsdichte	398
	2. Prüfungsgegenstand	398
	a) Beachtung der Vorschriften über das Recht zur Vorlage des Plans (§ 231 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 InsO)	399
	aa) Rechtzeitige Planvorlage	399
	bb) Beachtung der Mitwirkungspflichten (§ 218 Abs. 3 InsO).	399
	b) Beachtung der Vorschriften über den Inhalt des Plans, insbesondere Gruppenbildung (§ 231 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 InsO)	399
	c) Keine Aussicht auf Annahme des vom Schuldner vorge- legten Plans (§ 231 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 InsO)	400
	d) Fehlende Erfüllbarkeit des vom Schuldner vorgelegten Plans (§ 231 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 InsO).	401
	e) Erneute Vorlage eines bereits abgelehnten Plans (§ 231 Abs. 2 InsO)	401
V.	Entscheidung des Insolvenzgerichts	401
	1. Zeitraum	401
	2. Entscheidung über die Annahme	402
	a) Unbehebbarer Mangel.	402
	b) Behebbarer Mangel.	402
	c) Zulassung des Insolvenzplans	402
	3. Einholung der Stellungnahmen	402
	a) Zwingende Weiterleitung zur Stellungnahme.	402
	b) Fakultative Weiterleitung zur Stellungnahme.	402
	c) Stellungnahmefrist	402
VI.	Entscheidung über die Aussetzung von Verwertung und Verteilung	402
	1. Sinn und Zweck des § 233 InsO	402
	2. Anwendungsbereich des § 233 InsO	403
	3. Rechtsbehelf.	403
VII.	Niederlegung des Insolvenzplans.	403
VIII.	Bestimmung des Erörterungs- und Abstimmungstermins.	403
	1. Terminbestimmung	403
	2. Öffentliche Bekanntmachung	404
	3. Besondere Ladung	404
	4. Beauftragung mit der Zustellung der Ladung.	404
	5. Verbindung von Terminen.	404
IX.	Erörterungs- und Abstimmungstermin	405
	1. Ablauf des Erörterungs- und Abstimmungstermins	405
	2. Erörterung des Insolvenzplans	405